

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

„Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1,60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Anzeigensätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 1.

Dienstag, den 1. Januar 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Neujahr wegen erscheint die nächste Nummer d. Bl. am Mittwoch den 2. Januar 1895.

Gut Heil!

Gut Heil zum neuen Jahr, Ihr Menschenbrüder!
Der ganzen Welt ein freundliches „Glückauf!“
Ein Blättlein sank vom Baum des Lebens nieder,
Ein neues rollt uns die Geschichte auf.
In unentweichter Schöne steht Ihr's prangen,
Noch unbeschrieben, fleckenlos und rein, —
Was wird, sobald das neue Jahr vergangen —
Des altgewordnen Blattes Inschrift sein?

Mit Jubelhymnen möchtet Ihr's beschreiben
Von Völkerglück und Freiheitsmorgenroth?
O, bitteres Loos! Beim Alten wird es bleiben —
In neuem Bild der Menschheit alte Noth!
Noch schaut des Sehers Auge trüb und düster
Der künst'gen Zeit verhängnißvollen Gang,
Und allerorten wogt ein bang Geflüster,
Und faßt die Brust wie Tod und Untergang.

Der Weise hört die fernen Donner rollen,
Sieht Blizesflammen durch die Lunde loh'n,
Er fühlt der Elemente Wuth und Grollen,
Die mit Vernichtung alle Welt bedroh'n. —
Der Massen und der Sekten wildes Hassen
Vergiftet selbst die Besten ihrer Zeit,
Der Schrei der Armuth peitscht die Massen
Und weithin lodert der Parteien Streit!

Zum Schlachten steh'n Europa's Riesenheere
Bereit in Ost und West, in Süd und Nord,
Geschwungen blitzen Millionen Speere,
Und droh'n dem Völkerglück mit Völkermord!
Vergebens sucht der Wilde eine Stätte,
Sein Haupt zu legen auf des Schlammers Pfühl,
Mit Angst und Schrecken treibt ihn aus dem Bette
Ein Traum von Schlachtensturm und Kampfgewühl.

O, bitterer Leidenskelch, Du Wermuthsbecher,
Gefüllt mit Höllenqualen bis zum Rand! —
Und gab's denn keinen Retter, keinen Rächer,
Uns zu befrei'n mit wunderthät'ger Hand?
Giebt's keine Macht, zu säntigen die Fluthen,
Die Haß und Wahnsinn ringsum aufgewühlt —
Muß jedes Herz verschmachten und verbluten,
Das noch für sich und And're menschlich fühlt?

Vergeb'ne Frage an die Weltgeschichte!
Sie zeigt dasselbe Bild von Jahr zu Jahr —
Der Wahrheit Ringen ward von je zu nichte,
Des Wahn's Dämonen siegten immerdar.
Und dennoch dürft Ihr Best'ren nicht ver-
zagen:

Der Retter kommt, er kommt, der seid
gewiß!
Zum Himmel wird der Dom der Freiheit
ragen,
Dem Lichte weichen muß die Finsterniß!

Dein Heiland lebt, o Welt! — Der Auserkor'ne,
Deß Banner siegend Dir entgegenwallt,
Es ist der Menschengestalt, der lichtgeb'orne,
Mit seiner Denkgehege Allgewalt!
Er kommt, er naht, — o, freut Euch, Menschenbrüder,
Jed' Jahr beflügelt seinen Siegeslauf;
Drum hall' es laut von Pol zu Pole wieder:
Der ganzen Welt ein freundliches „Glückauf!“

Friedrich Krasser.

Neujahr 1895.

Seit grauen Zeiten hat das scheidende Jahr etwas
Altes, Ehrwürdiges. Die Symbolik giebt ihm daher
Gestalt eines Greises, der von Erde und Menschen
Abschied nimmt. Den letzten Tag trägt man zu Grabe,
die Zeit, der greise Körper und der schwache Geist des
Greises werden bestattet. Bei dieser Szene des Jahres-

abschiedes spielt das „religiöse“ Moment naturgemäß
eine Hauptrolle, die gleich dem Januskopf ein doppeltes
Antlitz hat, ein ernstes-trauerndes, rückwärts-schauendes
und ein jugendlich-hoffendes, vorwärts-schauendes.

Hinter uns liegt jetzt das Jahr 1894 mit allen seinen
Kämpfen und Siegen, seinen Freuden und Leiden; vielen
ein Jahr des Glücks, den meisten eins der bangen Sorge
und Entbehrung.

Mit gemischten Gefühlen blickten daher die Meisten
auf das verfllossene Jahr zurück. Die Erwartungen, die
man erhofft hatte, sind zum Theil gänzlich ausgeblieben.
Wie im privaten Leben so dürfte sich auch im politischen
die Sachlage kaum anders gestaltet haben.

Aus dem Jahre 1893 noch war den deutschen
Bürgern ein Erbstück überkommen, welches als Gespenst
während des eben verflossenen Jahres „spuken“ gegangen
ist und dessen Gespensterhaftigkeit im kommenden Jahre
erst endgültig beseitigt werden wird. Wir meinen die
großen Steuervorlagen zur Deckung der neuesten
Militärvorlage. Noch schweben sie, gleich dem Schwerte
des Damokles, über dem Haupte des deutschen Volkes.
Und „mit dem Wuthe der Kaltblütigkeit“ trogt die
Regierung dem Willen des Volkes, das von neuen Steuern
durchaus nichts wissen will; denn das deutsche Volk steht
schon am Rande des Abgrundes, welcher durch Fütterung
des Molochs Militarismus geschaffen ist und keine Macht
kann hier jetzt noch helfend eingreifen, um den „Sturz
vom trapejischen Felsen“ abzuhalten. Doch bei dem
einen Gespenst ist es nicht geblieben. Die Männer des
„neuesten Kurzes“ haben noch ein zweites im Umlauf
geschickt: die „Umsturz“ vorlage. Das deutsche Volk
soll nicht allein mit neuen Steuern gebrandschaft, nein,
es soll auch mundtot gemacht werden, obwohl es schon
im „Buch der Bücher“ heißt: „dem Ochsen der da drischt,
soll man nicht das Maul verbinden.“ — Das ist so die
Situation, in der wir uns beim Scheiden des alten
Jahres befinden.

Was dürfte das Neue bringen?

„Ihm ruhen noch im Zeitenschooße die schwarzen und
die heitern Loose.“ Doch soviel ist gewiß: es wird mit
seinen „Gaben“ nicht zurückhalten. Schon in den ersten
Wochen wird der Sturm darüber losbrechen. Das
politische Barometer unterliegt in jeglicher Zeit derartigen
Schwankungen, daß Niemand im Stande ist, seinen genauen
Stand festzustellen.

Mag kommen, was da kommen will: Uns soll jede
„kommende Eventualität“ gerüstet finden.

Siegreich allein nur schreitet die Sozialdemokratie fort,
gleich einer Sturmfluth überstürmt sie das Land,
durchbricht sie die festesten Mauern und Dämme. Nicht
eher werden wir ruhen und rasten, bis von jeder Zwing-
burg der Reaktion das rothe Banner flattert, nicht eher
werden wir unsere Thätigkeit ein Ziel setzen, bis das
Volk befreit ist, vom Drucke des Kapitalismus, dem Er-
zeuger alles menschlichen Elends. Wir bleiben ewig neu
die Alten. Von diesem Wunsche befeelt, treten wir in
das Jahr 1895 ein und begrüßen es mit dem Rufe:

**Noch die völkerbefreiende Sozialdemokratie
für immer!**

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nur ein Charakter, nicht ein Amt, ist dem
Sohn des Reichskanzlers, Prinzen Alexander, verliehen
worden mit dem Titel eines Legationsraths. Deshalb
sei auch nicht das Reichstagsmandat des Prinzen er-
loschen. — Darnach zu urtheilen, würde die Er-
nennung des Prinzen Alexander zum Legationsrath für
den Reichstag nur so viel bedeuten, als wenn ein
Müller oder Schulze zum Kommerzienrath er-
nannt wird.

Während des Bier-Bojkotts in Berlin verstieg
sich die „Kreuztg.“ zu der Behauptung, die „jüdische
Spekulation“ habe ihre Hand im Spiele und bezeichnete
fogar, wofür sie sich noch vor Gericht zu verantworten
haben wird, Genossen Singer als einen der Macher
oder Schieber. Jetzt, da der Frieden eintreten soll,
sind es natürlich auch die Juden gewesen, die ihn herbei-
geführt haben. „Es hat den Anschein“, lesen wir in der
„Kreuztg.“, „als ob speziell von jüdischer Seite die
Conzulten geschoben seien, um den Friedensschluß zu er-
möglichen. Das Judenthum bildet die Brücke zwischen

Freisinn und Sozialdemokratie, es hat in beiden Lagern
seine Vertreter und wünscht es zu einem scharfen Kampfe
zwischen diesen beiden Parteien, die sich nach jüdischer
Versicherung „allein vom Antisemitismus freigehalten
haben“, nicht kommen zu lassen.“ Das Blatt leidet, wie
es den Anschein hat, am Schwarzfoller.

Berliner Bierkrieg. Auf Grund der in den sechszehn
Volks-Versammlungen am Freitag Abend gefaßten Bes-
chlüsse ist der Bier-Bojkott für Berlin und Um-
gegend aufgehoben. Nach achtmonatlichem Ringen
also hat der durch das Unternehmertum aufgezwungene
Kampf einen für die Arbeiterschaft höchst ehrenvollen
Abschluß gefunden. Dieser Ausgang ist einzig der kraft-
vollen Thätigkeit der organisirten Arbeiter Berlins zu
danken, ohne deren unermüdbliche Arbeit und hingebenden
Opfermuth es nicht möglich gewesen wäre, den Bojkott
so wie geschehen durchzuführen und zu beenden.

Ueber den Zengeneid wird in der Münchener
„Allgemeinen Zeitung“ anlässlich des Prozesses
Leuß geschrieben: „Eine Reform der Prozeßordnung
müßte die sittlich im höchsten Maße bedenklichen Eide
(wie sie im Prozeß Leuß eine Rolle spielen) wünschlich
ganz beseitigen, jedenfalls aber nach Thunlichkeit ein-
schränken, und Angeklagten der dem Reichstag vorgelegten
Novelle zur Strafprozeßordnung und der gleichfalls in
Ausicht genommenen Reform der Zivilprozeßordnung
scheint gerade jetzt der richtige Zeitpunkt zu einer ener-
gischen Vertretung dieser Forderung gekommen. Der
Prozeß Leuß hat nun aber ein trauriges Nachspiel, das
die Schäden unserer gegenwärtigen Zustände in noch vie-
greßerem Maße erscheinen läßt. Die völlig unerwartete
ungünstige Wendung für den Angeklagten nahm der
Prozeß bekanntlich in Folge des Geständnisses der betr.
Frau, die zu diesem Geständnisse durch die Zureden des
Geistlichen oder, nach einer anderen Meinung, des Ver-
theidigers gebracht worden sein soll. Und nunmehr steht
diese Frau, des wissentlichen Meineids angeklagt, selber
in strafrechtlicher Untersuchung. Dieses unerhörte Resul-
tat des Prozesses Leuß möchte sich dann rechtfertigen lassen,
wenn es die Aufgabe unserer Gerichte wäre, möglichst
viele Leute ins Zuchthaus zu bringen, sobald man aber
die Rechtspflege unter sittliche Gesichtspunkte bringt, stellt
sich ein Verfahren, das so den Meineid fortpflanzt, als
eine heillose Verirrung dar.“

Wie lebt der „Staatspensionär“? Ein Berichterstatter
schreibt der „Beil. Volksztg.“: „Da ich als Junggeselle
ohne Familienanschluß am Weihnachtsabend mich ver-
einsamt und verlassen fühlte, so beschloß ich diesmal,
Weihnachten bei den Aermsten der Armen, in der Wärme-
halle am Alexanderplatz zu feiern. Ich ließ also Ueber-
zieher, weiße Wäsche und sonstige eigene Kennzeichen von
irgend welcher Wohlhabenheit zu Hause, zog einen alten
Kittel an und so „standesgemäß“ ausgerüstet begab ich
mich nach der Warmehalle. Ohne Schwierigkeiten gelangte
ich in das Innere, in dem bereits „Stille Nacht, heilige
Nacht!“ ertönte, setzte mich, der Hausordnung gemäß, auf
eine der langen Bänke und harrete der Dinge, die da
kommen würden. Ein alter weißhaariger Herr — die
ständigen Besucher nannten ihn den „Gründer“ der
Warmehalle und der Volks-Kaffeehäuser — Rentier
Minlos, ging ordnend und geschäftig umher, damit die
Austheilung der Weihnachtsgaben, die in Pfefferkuchen
und Äpfeln bestanden, richtig vor sich gehe. Auch ich
erhielt meinen Apfel und ein Stück Pfefferkuchen, beides
schenkte ich meinem Nachbar zur Rechten, einem alten,
ehrwürdigen Manne mit langsam, wohlgepflegtem, grauem
Bart und schneeweißen Haaren. Mit diesem winzigen
Geschenk hatte ich mir die Sympathie des alten Herrn
erworben, er wurde gesprächig und erzählte mir: daß er
72 Jahre alt sei; seit zwei Jahren beziehe er seine
Altersrente in der dritten Klasse, monatlich 13 RM.
50 Pfg. Er brauche zwar nicht auf der Straße zu
liegen und sich in Äylen aufzuhalten, aber trotzdem er
seinen Schmachtriemen eng anziehe, kämen doch Tage, wo
er recht gern eine ihm in der Warmehalle geschenkte
warme Suppe mit Brod. annehme. Auf meine
Frage, wie man sich mit 13,50 Mark durchs Leben
hungere, machte er mir das Geständniß, daß er noch von
der Armendirektion monatlich 10. Mark erhalte, das seien
23,50 Mark. Davon zahle er 6 Mark für Schlafstelle,
blieben 17,50 Mark; 10 Pfg. Morgentaffee macht pro
Monat 3 Mark, Rest 14,50 Mark. Alle 14 Tage ein
reines Hemd, ein Taschentuch und 2 Paar Strümpfe

macht 45 Pfg. bleiben 14,05 Mark. Für diesen Rest ließ er sich Frühstücksbrot, Mittagbrot in der Volksküche, Vesper existiert nicht in seinem Etat, ebensowenig Abendbrot. Auf meine weitere Frage, wie er denn eigentlich seine Kleider bezahle, erhielt ich die Antwort: Entweder gute Leute schenken mir mal ein Stück Zeug, oder der Speisezettel in der Volksküche fällt fort, dann wird eben so lange in der Küche gewartet, bis ein Gast mal einen Happen übrig lasse. — So lebt der Arme von dem Ertrage der Altersrente, zu der er außerdem noch — welcher Segen! — Armenunterstützung erhält. Die Nationalliberalen, welche das bishigen Sozialreform in den Himmel heben wollen, haben hiermit den besten Beweis, daß die „Staatspensionäre“ so viel Meute erhalten, daß sie hungern müssen.

Herr Amtsrichter Spindler in Langenselbold (Kurhessen), der bekanntlich schon ein paar Mal durch seine Verfügungen von sich reden machte, wodurch er Vätern das Erziehungsrecht über ihre Söhne entzog, weil sie dieselben nicht zum Austritt aus dem Arbeiterverein veranlassen wollten, hat einen neuen wunderbaren Akt erlassen. Er hat an einen Familienvater die Aufforderung gerichtet, sein Kind innerhalb 14 Tage taufen oder einer andern vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaft zu weisen zu wollen, andernfalls ihm die Erziehung des Kindes abgenommen würde. Und dies trotzdem in der deutschen Gesetzgebung kein Paragraph über den Taufzwang oder ein anderer sich befindet, der ein solches Vorgehen rechtfertigt. Der betreffende Vater, der sein Kind ohnedies taufen lassen wollte, hat sich gefügt, so daß das diesmalige Vorgehen des eifrigen Herrn keine weiteren Folgen nach sich zieht.

Die deutschen Reisstärkefabrikanten haben dem Reichstage eine Eingabe unterbreitet, worin sie bitten, im Interesse der Erhaltung und Förderung der deutschen Reisstärkeindustrie darauf zu dringen, daß der zur Stärkefabrikation bestimmte Reis in Zukunft zollfrei eingelassen wird oder mindestens der 4 Mark pro 100 Kilo betragende Reiszoll für den zur Stärkefabrikation bestimmten Reis eine weitgehende Ermäßigung erfährt. In der Begründung des Antrages wird darauf hingewiesen, wie sich in Deutschland auf Grund der im Jahre 1870 erfolgten völligen Freigabe des zur Stärkefabrikation bestimmten Reises eine blühende Reisstärkeindustrie entwickelt hatte. Die Lage der Branche sei vollständig unhaltbar geworden, nachdem der Weizen Zoll auf Grund der Handelsverträge eine 30prozentige Zollermäßigung erfahren hat, ohne daß gleichzeitig der Reiszoll herabgesetzt wäre. Wie aus der Petition beigegebenen Uebersicht über den Rückgang des Absatzes seit 1892 hervorgeht, stellte sich der Rückgang der Industrie in Berlin auf 18 Prozent, in Magdeburg auf 39 Prozent, in Charlottenburg auf 40 Prozent, in Halberstadt auf 70 Prozent.

Zu den Übungen der Reserve und Landwehr werden im Etatsjahr 1895/96 eingezogen: von der Infanterie 122,000 Mann, von den Kavallerie 2700 Mann, von der Feldartillerie bezw. der Kavallerie 10,000 Mann, von der Fußartillerie 5000 Mann und von den Pionieren 3000 Mann. Diese Truppen haben 14 Tage zu üben. Ferner sind einzuziehen für die Eisenbahbrigade 200 Mann der Reserve auf 28 Tage und 600 Mann der Landwehr auf zwölf Tage, 20 Unteroffiziere der Reserve der Luftschifferabteilung haben 30 Tage zu üben; für den Train werden insgesamt 5965 Mann eingezogen und zwar 4060 Mann nach Beendigung der Herbstübungen auf 14 Tage und 905 Mann auf 20 Tage im Mai. Endlich sollen zur Bildung von Sanitäts-Detachements auf 12 bezw. 13 Tage 1000 Mann ausgehoben werden.

Sozialdemokratischer Parteitag für Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und die Hansestadt Lübeck.

Lübeck, 30. Dezember 1894.

Gen. Effinger eröffnete den Parteitag 4 Uhr Nachmittags und ließ die erschienenen Delegirten willkommen. Gleichzeitig sprach er den Wunsch aus, daß die Arbeiten des Parteitages zum Besten der Gesamtheit ausfallen mögen. Er hat dann die Delegirten, zunächst für die Leitung der Verhandlungen ein Bureau zu wählen.

Zu das Bureau wurden gewählt: Gen. Erdbeer-Rostock, als erster Vorsitzender; Gen. Seb-Gütrow, als dessen Stellvertreter; die Gen. Köp-Schwerin und Garber-Boizenburg, als Schriftführer.

Nachdem sich das Bureau konstituiert hatte, wurde eine aus 3 Genossen bestehende Mandatsprüfung gewählt.

Gen. Erdbeer machte den Vorschlag, für die Verhandlungen die Geschäfts-Ordnung des vorjährigen Parteitages gelten zu lassen. — Der Vorschlag fand Annahme.

Gen. Meyer-Lübeck richtete an die Delegirten die Frage, ob sie der Agitations-Kommission, ebenso wie im Vorjahre, das Recht zugesprochen wollten, außerhalb der Reihenfolge der Rednerliste das Wort zu nehmen. Er ist der Ansicht, daß dieses Verfahren im Stande sein werde, die Verhandlungen bedeutend abzukürzen, da die Agitations-Kommissions-Mitglieder sehr oft in der Lage sein würden, durch aufklärendes Eingreifen die Debatte abzukürzen.

Die Frage, ob die Mitglieder der Agitations-Kommission Stimmrecht haben sollen, wurde, nachdem sich Bugdahn-Rostock gegen das Stimmrecht derselben ausgesprochen, und Meyer-Lübeck im Namen der Agitations-Kommission nochmals erklärte, daß diese auf das Stimmrecht kein Gewicht lege, durch die Annahme eines von Seb-Gütrow gestellten Antrages dahin beantwortet, daß die Agitations-Kommissions-Mitglieder kein Stimmrecht haben soll.

Nach dem Bericht der Mandats-Prüfungs-Kommission sind folgende 16 Städte durch 21 Delegirte vertreten: Rostock (Erdbeer, Hamel und Bugdahn), Lübeck (Schwarz, Bartels und Pape), Gütrow (Seb und Müller), Sternberg (Köppe und Weidau), Travemünde (Benohr), Parchim (Wolffhagen), Schwaa (Kajow), Lübz (Köh), Alt- und Neustrelitz (Kroci), Klütz (Kriebe), Schwerin (Köh), Rehna (Grewsmühl), Bützfel (Köppe), Neubrandenburg (Köppe), Boizenburg (Garber).

Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas Gen. Effinger-Lübeck den Bericht der Agitations-Kommission und die Abrechnung derselben. (Die spezifizirte Abrechnung werden wir in nächster Nummer veröffentlichen. Die Red.)

Bezugnehmend auf den Geschäftsbericht ersuchte Gen. Bartels-Lübeck die Delegirten, dahin wirken zu wollen, daß der Agitations-Kommission mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt würden.

Gen. Müller-Gütrow hielt die Klage, welche die Agitations-Kommission in ihrem Bericht ausgesprochen, für berechtigt, glaubte aber, daß es den Städten nicht möglich sei, mehr Geld aufzubringen. Die Mittel, welche aufgebracht werden, würden für Agitationen am Orte selbst und in der Umgegend gebraucht.

Gen. Schwarz-Lübeck hat die Delegirten, dahin zu wirken, daß nicht mehr so viele Prozesse geführt werden. Es wären für Prozesse in diesem Jahre wieder nahezu 700 Mk. angegeben, während die Einnahme, ohne das hierfür abgelieferte Geld, nur 886 Mk. 68 Pfg. betrage. Das Geld könne für Agitationen viel zweckmäßiger verwendet werden. Es wäre allerdings aus Mecklenburg nicht viel Geld herauszuholen, dagegen würden die Mecklenburger vielleicht eher im Stande sein, Naturalienlieferungen zu leisten. Er wolle diese Frage nur scherzweise aufwerfen. Es sei aber immerhin zweckmäßig, wenn die Delegirten diese Frage zu Hause ventiliren möchten. Die Bewegung mache in Mecklenburg in den Dörfern fast mehr Fortschritte, als in den Städten. In den Städten sei noch Kleinbürgerthum vorherrschend. Die mecklenburgische Landbevölkerung dagegen, sei wissenschaftlich, sie wolle lesen. Dieser Wissensdurst müßte auf irgend eine Weise befriedigt werden.

Genosse Bugdahn-Rostock glaubte, daß der Titel, den der Bericht der Agitationskommission gegen die Städte angebrochen habe, nicht berechtigt sei. Seiner Ansicht nach hätte die Agitationskommission nicht genug getan. Sie habe z. B. in der „Mecklenburger Volksztg.“ keine Ansuchen erlassen. Es müßte versucht werden, aus den kleinen Städten etwas mehr Geld herauszubringen.

Genosse Müller war der Meinung, daß die Arbeiter in Mecklenburg ebensowenig Naturalien übrig haben würden wie Geld. Und wenn dies der Fall sei, dann würden sie eben zu Geld gemacht. Er war der Ansicht, daß die mangelhafte Organisation die Hauptschuld an den Mißständen trage. Was die Projektkosten anbelange, so würden dieselben auch mit der Zeit mehr und mehr abnehmen. Die Mecklenburger hätten eben nach dem Fall des Sozialistengesetzes eine Schule durchmachen müssen. Die einzelnen Behörden gingen zu willkürlich vor und würden darin noch vom Ministerium unterstützt. Man habe versucht, die Organisation allmählich auszubilden. Das müsse anerkannt werden. Die Behörden hätten nach dem Fall des Sozialistengesetzes geglaubt, dasselbe ihrerseits gewissermaßen ersetzen zu müssen. Er glaubt der Agitationskommission betr. des Vorwurfs über Gelder theilweise Recht geben zu müssen.

Genosse Seb hätte gewünscht, daß man das Gesuch um Einschränkung der Prozesse an die Staatsanwaltschaften gerichtet hätte. Im Großen und Ganzen stimme er dem bei, daß zu wenig Geld aufgebracht sei. Man möge jedoch bedenken, daß auch noch andere Gelder aufzubringen sind. Es könnte ja auch noch auf andere Weise Geld aufgebracht werden. Das müßte eben jeder Ort nach seinen Verhältnissen regeln. Von den Naturalien könnte er für seine Person sich nichts versprechen.

Genosse Meyer drückt seine Verdrüßung darüber aus, daß die übrigen Genossen nicht der Agitationskommission einen Vorwurf gemacht hätten, wie dies Genosse Bugdahn-Rostock gethan habe. Auffallend wäre es, daß die Rostocker in diesem Jahre überhaupt keine Gelder an die Agitationskommission gebracht hätten. Diese wäre aber auch in anderer Beziehung zu viel ignorirt worden. So hätten z. B. die Genossen in Rehna 60 Mark für Projektkosten erhalten; sie hätten dann Berufung nach Rostock eingelegt, ohne vorher die Agitationskommission davon in Kenntniß zu setzen. Nur als sie wieder Geld gebrauchen müßten, hätten sie geschrieen.

Genosse Grewsmühl-Rehna gab zu, daß dies verärgert sei, das liegt aber hauptsächlich daran, daß der Rechtsanwalt die Akten in Händen gehabt und nach Rostock geschickt habe. Man verfolge nicht nur die Genossen, sondern auch die Wirth, daß sei auch bei ihnen der Fall. Im Uebrigen hätten gerade die kleinen Städte mehr Geld aufgebracht als die großen, während doch diese eigentlich den kleineren helfen sollten.

Genosse Wolffhagen-Parchim war der Meinung, daß viel mehr Gelder eingehen könnten, wie es der Fall sei. Es fehle in den kleineren Orten nur an Leuten, welche das Geld sammeln. Er habe im vorigen Jahre auf dem Parteitag versprochen hier Wandel zu schaffen, und er glaube sein Versprechen gehalten zu haben. Es sei vorher gesagt, daß es an Organisation mangle. In Parchim und Lübz hätten die Genossen Hilfsvereine und sie hätten im verflochtenen Jahre 108 Mk. aufgebracht. Es sind in Mecklenburg 42 Städte. Von diesen hätten aber nur 10 bis 11 Gelder an die Kommission geschickt. Genosse Bartels betonte, daß er sich nicht gegen die Prozesse gewandt habe, die notwendig seien; diese müßten unbedingt bezahlt werden. Man solle aber die vielen unnützen Berufungen beiseite lassen. Was den Vorwurf, den der Agitationskommission von Bugdahn gemacht sei, betreffe, so sei es auch nicht gerade lobenswerth, wenn das von der Kommission verlangte Material bei den Vertrauensleuten im Hause liegen bliebe, wie das thatsächlich der Fall gewesen sei.

Genosse Port-Neustrelitz war der Meinung das derartige Prozesse häufig viel zu sehr aufgeschaukelt würden und manchmal viel eher vermieden werden könnten. Die Kommission möge in dieser Beziehung nicht so leichtfertig vorgehen. Die Gelder seien zu schwer aufzubringen.

Genosse Effinger wies darauf hin, daß die Kommission stets vorher benachrichtigt werden sollte, wenn solche Prozesse angestrengt würden. Hiergegen sei aber zu viel gesündigt. Er wies den Vorwurf betreffs des leichtfertigen Vorgehens der Kommission entschieden zurück.

Genosse Schwarz wollte nicht behaupten, daß die Agitation unter der Einschränkung der Prozesswuth leiden solle. Er wolle nur die unnützen Berufungskosten vermeiden wissen; wenn es sich um Prinzipienfragen handle, so müßten ja die Prozesse durchgeföhrt werden. Er werde für den von Kleinert-Schwerin gestellten Antrag stimmen, welchen die Wahl eines Vertrauensmannes in Rostock fordere. Er bitte aber dann die Mecklenburger Genossen, diesen nicht ebenso im Stich zu lassen, wie die Agitationskommission. Der Zweck der Agitationskommission oder des Vertrauensmännersystems sei doch: sämtliche Mittel auf einen Punkt zu konzentriren und sie dann von hieraus anzuwenden.

Ein von Pape gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Es folgten nun einige persönliche Bemerkungen. Ein Antrag, die Verhandlungen für heute zu schließen, wurde abgelehnt und zum 3. Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Hierzu hatte Genosse Seb das Referat übernommen, und führte kurz Folgendes aus: Daß wir Mecklenburger so zu sagen mit der Agrarfrage ver wachsen sind und vorwiegend nur mit Landbevölkerung zu rechnen haben, war der Grund, weshalb wir die Agrarfrage auf die Tagesordnung gesetzt wünschten. Zum Theil hat auch die Behandlung derselben auf dem Parteitage in Frankfurt a. M. dazu beigetragen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, der dort gewählten Agrar-Kommission Vorschriften zu machen. Wir wollen uns hier nur darüber klar machen, wie wir zu der Land-Agitation stehen. Wir wissen sehr wohl, daß der Bauer heute schwer zu kämpfen hat, um sich und den Seinen seine Scholle zu erhalten. Das letztere ist ihm wohl heute kaum mehr möglich. Es bestand früher bei uns das Erbgüterrecht. Der älteste Sohn des Bauern erhielt die Hufe und hatte nur die Pflicht seinen männlichen Geschwistern 50 Thaler auszuzahlen, während er den

weiblichen eine Kuh geben mußte. Unter diesen Umständen konnte sich der bäuerliche Besitz ganz gut erhalten und in den Familien fortleben. Das hat sich aber jetzt geändert. Heute muß derjenige, welcher die Hufe anfaßt, seinen Miterben von dem Werth der Hufe ihr Antheil, welches für alle Geschwister gleich ist, auszahlen. Daher bleiben auch heute die Hufen selten in den Familien. Das weiß aber auch der Bauer ganz gut. Wir müssen daher versuchen, auf welche Weise wir am besten bei den Bauern agitieren. Ebenso wie uns der Kleinhandwerker die Frage vorlegt, was bietet Ihr uns; ebenso thut das heute der Bauer. So wenig wir aber dem Kleinhandwerker etwas versprechen können, eben so wenig den Bauern. Andere Parteien versprechen ja auch dem Handwerker allerlei Schminke und Gutes, sie sind aber nicht im Stande es zu erfüllen. Wir sind bis jetzt immer ehrlich genug gewesen, dies dem Bauern zu sagen. Wir haben aber auch schon heute Bauern, welche auf unserm Standpunkt stehen. Der Bauer weiß heute ganz gut, daß er das Opfer der Verhältnisse ist. Wenn er das aber weiß, wird er auch, wenn wir ihm mit unserem Programm entgegen treten, auch zu uns stehen. Wir müssen dem Bauer meiner Ansicht nach ebenso entgegen treten, wie wir dem Kleinhandwerker gegenüber getreten sind und noch treten. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir nicht nöthig haben, dem Bauer zu Liebe unser Programm zu ändern, ihm eine Extrawurst zu braten. Wir müssen dem Bauer nur sagen, daß er ein Recht hat, seine Existenz zu fördern. Auf demselben Wege wie der Industriearbeiter aufgekürt und zur Leberzeugung gelangt ist, wird dies auch beim Bauern der Fall sein. In dieser Weise haben wir die Agrarfrage anzufassen. Wenn während der Wahlbewegung die Schulmeister uns mit der Aufhebung des Privateigentums entgegen treten, dann haben wir ihnen nur entgegen zu halten, daß der Bauer heute größtentheils schon kein Eigentum mehr hat. Vor allen Dingen wollen wir eine ehrliche Agitation entfalten. Einen persönlichen Vortheil können wir dem Bauer nicht versprechen. Wenn der Bauer nicht auf ehrliche Weise Sozialdemokrat wird, so wird er es überhaupt nicht werden. Wenn auf dem Parteitage in Frankfurt gesagt wurde, man müsse dem Bauern etwas versprechen, so bin ich der Meinung, daß wir in der Weise weiter agitieren, wie wir es bisher gethan haben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir wohl versuchen können, die Uebergangsperiode, in der sich auch die Landbevölkerung heute befindet, etwas beschleunigen können, unser Programm können wir ihnen zu Liebe nicht ändern. Wir müssen versuchen, dem Bauer unser Programm auch in der Weise, wie es jetzt ist, verständlich zu machen und ihn so für unsere Forderungen zu gewinnen.

Nach dem Gen. Seb sprach noch Gen. Schwarz. Auf Grund eines Antrages wurde dann die Verhandlung auf Morgen vertagt.

Lübeck und Umgegend.

31. Dezember.

Inlauterer Wettbewerb. Vor wenigen Wochen nagelten wir den „General-Anzeiger“ an, daß er unlauteren Wettbewerb betrieben habe, weil er mit großen Reklametauntam Kürschners Universal-Konversationslexikon, das seine Leser „ausschließlich“ durch die Expedition für 3 Mk. als „Weihnachtsprämie“ beziehen könnten, ankündigte. Dieselbe Praxis wurde auch von Zeitungen ähnlichen Kalibers z. B. in Leipzig und in Düsseldorf geübt. Die Düsseldorfer Buchhändler sahen sich deshalb zu einer Erklärung veranlaßt, in der es u. a. hieß:

„Als illoyales Verfahren muß man es bezeichnen, daß jemand, der nicht dem Buchhändlerstande angehört, sich damit befaßt, Bücher zu einem erheblich höheren Preise zu verkaufen, als er sie einkauft und dabei noch behauptet, daß er die Bücher als Prämie abgibt. Der Preis dieses neuen Buches ist nie höher als 3 Mk. gewesen und hat dasselbe mit dem früher im Verlage der Union in Stuttgart zu 10 Mk. erschienenen umfangreichen Kürschnerschen Quartlexikon nichts zu thun. Dieses zur Steuer der Wahrheit im Interesse der Buchhändler.“

Recht sonderbar. Eine „Prämie“, mit der ohne jedwede Vergünstigung nur Abonnentenfanz beabsichtigt ist. Im gewöhnlichen Leben nennt man das „Schwindel.“

Ein langes Klagesied Jeremiae stimmen in der Sonnabend-Nummer die „Lübeckischen Anzeigen“ über den für die Berliner Arbeiterschaft siegreich durchgeführten Bierboikott an. Heillosse Angst ist in die nationalliberalen Flötisten gefahren. Der Verlust der Millionen, der den Ringbrauereien und Saalverweigerern durch eigenes Verschulden erwachsen ist, schmerzt am meisten. Haß und Galle wird gespiesen, weil es der Solidarität der Arbeiterschaft gelungen ist, den Sieg über das ziemlich starke Brauereikapital davonzutragen. Noch am Freitag spöttelten die „Lüb. Anz.“, daß sich die Hamburger Arbeiter um den Boykott eines Lokales den Teufel scheerten (der Name des Lokales war leider nicht angegeben) und nun müssen sie einen Sieg der Arbeiter aus Berlin berichten. Wir freuen uns. So wie es den Kapitalprohen des Brauerrings ergangen ist, wird es mit allen geschehen, welche da glauben, mit der Macht der Arbeiterbataillone Fangeball spielen zu können.

Quittungskarten, welche im Jahre 1891 ausgefertigt, verlieren nach § 104 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ihre Gültigkeit mit Ablauf des heutigen Tages, wenn sie nicht vorher bei den zur Ausstellung und zum Umtausche der Quittungskarten bestimmten Stellen eingereicht sind. Wir machen auf diese Bestimmung alle diejenigen Versicherten aufmerksam, welche noch im Besitze von Quittungskarten aus dem Jahre 1891 sind. Dieselben müssen spätestens bis heute zum Umtausche eingereicht sein, auch wenn noch nicht alle darauf befindlichen Felder mit Beitragsmarken versehen sind.

Die Verkürzung der Hunde für das Jahr 1895 hat in der Zeit vom 2. bis 15. Januar zu geschehen. Die Annahme der Steuer, welche für jeden Hund sechs Mark beträgt, erfolgt an den in jene Zeit fallenden Werktagen im Sitzungszimmer des Polizeiamtes von 3 bis 5 Uhr Nachmittags, sowie bis zum 12. Januar einschließlich in den Polizeiwachlokalen der Vorstädte Nachmittags von 4 bis 6 Uhr gegen Ertheilung einer Quittung und eines Steuerzeichens. Zeichen für gesetzlich steuerfreie Hunde werden nur im Sitzungszimmer des Polizeiamtes während der oben genannten Stunden gegen Zahlung von 30 Pfg. ausgegeben.

Eintragung in das Handelsregister. Am 29. Dezember 1894 ist eingetragen auf Blatt 1698 bei der Firma Proff u. Person: Die Procura des Johannes Friedrich Spahrman ist erloschen.

Testamentsverlesung. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts am Donnerstag den 3. Januar 1895, Vormittags 11 Uhr, wird verlesen werden: das Testament des hieselbst am 8. Dezember verstorbenen Maurer-gehilfen Adolph Andreas Jacob Claassen.

Zwangsversteigerungstermin. In dem Sonnabend vor dem Amtsgericht abgehaltenen Zwangsversteigerungstermin gelangten folgende Grundstücke zum Aufgebot: 1. das zur Konkursmasse des Kaufmanns H. C. W. Wiedow gehörende Grundstück Fleischhauerstraße 54, beschwert mit 17,200 Mark, eingesezt zu 12,000 Mark. Das Grundstück erstand F. G. Bogge für 16,750 Mark. 2) Das dem F. A. Ch. W. Schulz gehörende Grundstück, Große Burgstraße 33, beschwert mit 45,000 Mark, eingesezt zu 22,100 Mark. Dasselbe wurde W. Ch. E. Hof für 36,000 Mark zugeschlagen. 3) Das G. H. A. Wöhler gehörende Grundstück, Fischergasse 56, beschwert mit 14,300 Mark, eingesezt zu 6000 Mk. Dasselbe wurde für 9000 Mark D. W. Sattler zugeschlagen. 4) Das E. A. J. Bachmann gehörende Grundstück Spillerstraße 10, beschwert mit 14,700 Mark, eingesezt zu 8000 Mark. Dasselbe erstand H. G. C. Dose für 12,000 Mark. 5) Das B. A. H. Höppner gehörende Grundstück Blaustraße Nr. 7, beschwert mit 10,800 Mark, eingesezt zu 4500 Mark. Dasselbe wurde für 7600 Mark C. F. H. Westfeling zugeschlagen. 6) Das B. A. H. Höppner gehörende Grundstück, Dorotheenstraße 16, beschwert mit 13,650 Mark, welches für die Einzahlungsumme von 12,000 Mark A. A. W. Faasch zugeschlagen wurde.

In **Madame Sans-Gêne**, welche morgen zum ersten Male über die Bretter des hiesigen Theaters geht, sind außer der Gastin Fräulein Reichenbach aus Berlin noch die Herren Emil Nüss als Gast, Hahn und Kunze, ferner die Damen Ortry und Wohl in Hauptrollen beschäftigt. Ueber die Aufführung von „Madame Sans-Gêne“ in Frankfurt a. M. schrieb u. a. damals die „Kleine Presse“: „Der wiedererwachte Kultus des ersten Napoleon in Frankreich hat in Sardon seinen Theaterdichter gefunden, und der Corse, wie ihn Sardon schrieb, hat auch unsere Bühne beschritten. Mit ihm Sardon schrieb: allerdings, da nimmt er sich ein bisschen anders aus als in der älteren französischen Napoleonslegende, anders als in dem Wilde, welches die Geschichte mit der Zeit von ihm gewonnen hat — selbst noch etwas anders als in den jüngsten Schilderungen des Napoleon intime! Selbst diese lassen doch noch an dem kleinen Korporal einige Fehden von Größe hängen. Der Napoleon aber, wie ihn Sardon schrieb, ist einfach ein mitunter etwas ruppiges, aber im Grunde doch ergemüthliches und ganz traitables Kerlchen. Die Geschichte weiß von dieser Geschichte Nichts, — aber was kümmert sich Sardon darum! Er könnte sich auf das Recht der poetischen Lizenz berufen. Das Lustspiel ist so recht nach dem Geschmack des lieben Publikums zugeschnitten, abgerundet und mit echt Sardon'schem flüssigen Dialog gehörig eingewickelt. Ein bisschen Staatsaktion, ein bisschen historischer Treppenhüh, ein bisschen Intriguenspiel und ein bisschen Gemüthsthon, ein bisschen Erschütterung und ein bisschen Situationskomik, — das „glückt herrlich“, wie Gianettino Doria sagen würde, und das hat dem Stück einen starken Erfolg geschaffen.“

Stadttheater. Mittwoch Abend wird Wagner's „Tannhäuser“ zum zweiten Male in dieser Saison gegeben. In der Nachmittagsvorstellung am morgigen Neujahrstage wird „Christbescherung“, sowie „Max und Moriz“ wiederum gegeben.

Strafkammer. Sitzung vom 29. Dezember. Am 13. November verurtheilte das Schöffengericht den Malermeister B. aus Moisling wegen Uebertretung der Verordnung betreffend den Verkehr in der Holstenstraße, in eine Geldstrafe von 1 Mk. Die hiergegen vom Angeklagten eingelegte Berufung wird als unbegründet verworfen. — In eine Gefängnißstrafe von 10 Wochen, und in eine Haftstrafe von 4 Wochen verurtheilte das hiesige Schöffengericht am 14. Dezember den Arbeiter G. wegen Widerstandes und Beleidigung. Wegen Bettelns wurde außerdem auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt. Der Angeklagte hatte gegen die Gefängnißstrafe und gegen die Ueberweisung Berufung eingelegt; dasselbe geschah von Leiter der Staatsanwaltschaft. Gegen eine Aeußerung, welche der Präsident im Laufe des Verhörs

fallen läßt, protestirte der Angeklagte heftig und beschimpfte dabei den Gerichtshof. Beide Verurtheilungen wurden verworfen. Außerdem wurden dem Angeklagten wegen ungebührlichen Betragens vor Gericht 3 Tage Gefängniß, welche sofort vollstreckt werden sollten, zuerkannt. Wegen Beleidigung des Gerichtshofes wird gegen ihn ein besonderes Verfahren eingeleitet werden. — Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird gegen den Arbeiter L. wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit verhandelt. L. wird des Vergehens und eines Versuches desselben, verübt an zwei Mädchen in zwei verschiedenen Fällen für schuldig befunden. Das Urtheil lautet auf ein Jahr 6 Monate Zuchthaus. — Unter dem Verdacht der Beleidigung und Urkundenfälschung saß der Maschinenbauer P. auf der Anklagebank. P. sollte an den Versicherungs-Inspktor J. zwei Postkarten, die beleidigende Aeußerungen enthielten, geschrieben haben. P. bestritt die beiden Postkarten, deren Inhalt ebenso beleidigend wie gegen den Anstand verstößend ist, geschrieben zu haben. Es lagen mehrere Schriftproben des Angeklagten, darunter auch ein vor dem hiesigen Amtsgericht geschriebenes Diktat vor. Auf Antrag des Verteidigers wurden 3 Zeugen vernommen. Als Sachverständiger fungirte der Lehrer S. von hier. Die beiden Postkarten waren mit dem Namen eines hiesigen Rechtsanwalts unterzeichnet und wurden nicht an die Privat-Wohnung des Klägers, sondern an das Geschäft, in welchem der Versicherungs-Inspktor thätig war, adressirt. Die Zeugen konnten nur bekunden, daß der Angeklagte mit dem Kläger auf freundschaftlichen Fuße gestanden habe und stellen ihm auch im übrigen ein gutes Zeugniß aus. Der Sachverständige erklärte, nachdem er die fraglichen Postkarten mit den zu den Akten gegebenen Briefen und Schriftstücken, und einem vor dem Gerichtshofe geschriebenen Diktat verglichen hatte, daß er alle Schriftstücke als von einer Hand herrührend betrachte. Der Staatsanwalt war nun der Ansicht, daß es sich nicht nur um die zwei Beleidigungen, welche äußerst bössartiger Natur seien, sondern auch um eine Urkundenfälschung und die Absicht der Täuschung handele. Zu den Beleidigungen falle erschwerend ins Gewicht, daß sie auf Postkarten geschrieben und an das Geschäft des Klägers adressirt worden seien. Er beantragte daher eine Gesamtstrafe von 6 Monaten. Der Verteidiger glaubte nach Lage der Sache annehmen zu müssen, daß die Postkarten vom Angeklagten geschrieben seien. Auch die Beleidigungen gab er zu. Im Uebrigen ist er gegenheiligere Ansicht wie der Staatsanwalt. Er glaubte, daß sich die Absicht des Angeklagten lediglich in der Beleidigung erschöpft habe. Er bat, in Anbetracht der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten auf eine Geldstrafe zu erkennen. Das Gericht schloß sich betreffs der Urkundenfälschung und beabsichtigten Täuschung der Ansicht des Verteidigers an. Es erachtete nur Beleidigung als vorliegend und hielt den Angeklagten für den Verfasser der Postkarten. Als erschwerend wurden oben genannte Umstände in Betracht gezogen. Das Urtheil lautete auf eine Gesamtstrafe von drei Monaten und zwei Wochen Gefängniß. — Von Erfolg gekrönt war die von dem Knecht M. eingelegte Berufung. M. wurde wegen Körperverletzung vom Schöffengericht in eine Gefängnißstrafe von 2 Monaten verurtheilt, weil er den Bäckergehilfen K. am 27. Oktober 1894 mittelst einer Kaffeetasse körperlich mißhandelt hatte. In Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit wurde das Urtheil des Schöffengerichts aufgehoben und auf 14 Tage Gefängniß erkannt.

Schöffengericht. Sitzung vom 28. Dezember. Wegen Bettelns werden mehrere Personen zu je 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde bestraft. Einem Betrüger soll sich der Kellner J. aus Altona im Jahre 1892 schuldig gemacht haben. Der Sachverhalt ist folgender: J. kam am 5. Oktober 1892 zu der Wittwe Sp. hieselbst und theilte ihr mit, daß ihr in Jüensburg als Kellner in Stellung befindlicher Sohn einen Beinbruch erlitten habe. Da derselbe nun nicht gern seine Stelle verlieren wolle, habe er ihn telegraphisch gebeten, sofort nach dort zu kommen, und ihn bis zu seiner Genesung zu vertreten. Er sei schon mit Sp. zusammen in Stellung gewesen, und wolle ihn, da er doch augenblicklich stellunglos sei, vertreten, es fehle ihm aber an dem nöthigen Reisegeld. Die Wittve schenkte den Angaben des Schwindlers Glauben und übergab demselben 7,20 Mk. Reisegeld. Dierfür fuhr aber anstatt nach Jüensburg nach Schweden und ließ nichts wieder von sich hören. Nachträglich stellte sich heraus, daß die Angaben, welche J. der Wittve Sp. gemacht hatte, auf Unwahrheit beruhten. Aus Anlaß eines anderen Vergehens kam J. in Bremen in Haft und wurde von dort nach hier überwiesen. Auf der hiesigen Kriminal-Abtheilung legte er denn auch zunächst ein Geständniß ab, in welchem er den Sachverhalt ähnlich, wie er oben angegeben ist, schilderte. Am 27. November vor dem Schöffengerichte bestritt der Angeklagte die Vorpiegelungen betreffs der Krankheit des Sohnes an die Wittve gemacht zu haben. Er behauptete, sich nur das Geld zu seiner Reise nach Schweden von der Wittve geliehen zu haben. In der heutigen Verhandlung behauptete nun J., die 7,20 Mk. überhaupt nicht geliehen zu haben. Das erste Geständniß

will er nur darum gemacht haben, weil er vom Wachtmeister Zeim beeinflusst wurde. Diese Anklage habe er vor dem Schöffengericht am 27. November nicht ganz zurücknehmen wollen, um den Beamten keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. Heute wolle er aber die Wahrheit sagen; daß er überhaupt nicht bei der Wittve gewesen sei. Die Angaben der Zeugen bedenkten sich zum Theil nicht über obigen gegebenen Schilderung; nur könnten die Zeugen nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß der Angeklagte derjenige Kellner ist, welcher damals das Geld erschwindelte. Der Staatsanwalt legte auf die Aussagen weniger Werth, hielt sich mehr an den eigenen Aussagen und Widersprüche des Angeklagten und beantragte daher eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten in eine Gefängnißstrafe von 10 Tagen und in die Kosten des Verfahrens. — Einen Ueberzieher hatte der Arbeiter M. aus einer offenen Garderobe gestohlen und denselben in einem hiesigen Pfandleih-Geschäft verpfändet. Das Letztere gab in der Verhandlung auch zu; jedoch wollte er den Ueberzieher von einem Unbekannten auf einer hiesigen Herberge gekauft haben. Da aber die Zeugen, welche e. vorgeschlagen hatte, hierüber nichts wissen, verurtheilte ihn das Gericht in eine Gefängnißstrafe von 7 Tagen. — Wegen Nichtbeschaffung eines Unterkommens und ruhestörenden Lärms wurde der wegen ähnlicher Vergehen vielfach vorbestrafte Zimmergeselle Sp. in eine Haftstrafe von 12 Wochen verurtheilt, außerdem wurde er der Polizei-Behörde überwiesen. — Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Uebertretung der Verordnung, betreffend den Verkehr in der Holstenstraße hat sich der Sattler K. zu verantworten. K. kam am 13. Dezember von Culin nach hier und ging die Holstenstraße auf dem linken Bürgersteig hinauf. Der wiederholten Aufforderung des Schutzmannes sich auf die andere Seite zu begeben, leistete er nicht Folge. Auch widersetzte er sich bei seiner Sifurung. Wegen der Uebertretung wurde er daher zu 3 Tagen Haft, wegen des Widerstandes zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

ab. Travemünde. Dem Haushaltbudget unseres Städtchens für das verfloßene Jahr entnehmen wir folgende Angaben: Einnahmen: 1. Nacht und Mische 315,19 Mk., 2. Grundhauer 214,12 Mk., 3. Stättegeld während des Jahrmarktes 50 Mk., 4. Zinsen 157,81 Mk., 5. Grund- und Gebäudesteuer 3820 Mk., 6. Staatsseitig überwiesene Abgaben zu Armenzwecken 1200 Mk., 7. Erstattungen und sonstige Einnahmen der Armenpflege 2245 Mk., 8. Wasserleitung 2512 Mk., darunter 500 Mk. Staatsbeitrag, 9. Verschiedene Einnahmen 5,88 Mk., 10. Fehlbetrag (wird gedeckt durch Erhebung einer Gemeinde Einkommensteuer) 2140 Mk. Summe: Einnahme 12,660 Mk. Ausgaben: 1. Allgemeine Verwaltung 1500 Mk. persönliche Kosten und 250 Mk. sächliche Kosten, 2. Grundbesitz und Privat 243,76 Mk., 3. Straß u. Wege 900 Mk., 4. Oeffentliche Beleuchtung 500 Mk., 5. Feuerlöschanstalten 300 Mk., 6. Nachtwachen 730 Mk., 7. Armenpflege 4875 Mk., 8. Wasserleitung 2512 Mk., 9. Verwaltung der Gemeindefrankenversicherung 70 Mk., 10. Standesamt 170 Mk., 11. Verschiedenes 338,20 Mk.; der Garantiefonds für die Fernspretleitung 200 Mk., der hierunter verrechnet ist, ist bis jetzt noch nicht verbraucht worden, da sich die Leitung bisher rentirt hat und zu erwarten steht, daß auch im Jahre 1895 die Einnahme eine derartige sein wird, daß auf den Garantiefond nicht zurückgegriffen werden braucht, 12. Unvorhergesehenes 271,04 Mk. Summe: Ausgabe 12,660 Mk.

Von der Gemeindeversammlung in Schattin ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Hüfners Hans Heinrich Friedrich Holtz der Hüfner Hans Johann Friedrich Burmeister zum Mitgliede des Gemeindevorstandes erwählt worden. Burmeister ist in genannter Eigenschaft vom Stadt- und Landamte bestätigt und eidlich verpflichtet.

Briefkasten.

H. B. Besten Dank für freundliche Uebersendung. Wir haben die angelegene Verhandlung bereits vor wenigen Tagen eingehend berührt.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 29. Dezember.

Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 980 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Verjandtschweine schwere 50—52 Mk., leichte 50—52 Mk., Sauen 38—45 Mk. und Ferkel 50—52 Mk. pr. 100 Stück.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:
Sonntag den 30. Dezember.
8,10 U. B. D. Esita, Voigt, von Libau in 48 Std.
11,35 U. B. D. Najaden, Kullen, von Kopenhagen in 13 Std.
Montag, den 31. Dezember.
7,45 U. B. D. Dragör, Foering, von Gothenburg, in 18 Std.
8,— U. B. D. Lubeca, Geers, von Kolding, in 23 Std.
8,10 U. B. D. Ribbenhavn, Thomsen, von Marstrand, in 36 Std.
8,10 U. B. D. Marie Louise, Nachtruch, von Newcastle, in 4 Tg.
8,30 U. B. D. Halmstad, Lundin, von Kopenhagen in 14 Std.
10,20 U. B. D. Nautikus, Förfker, von Reval in 3 Tg.
Abgegangen:
Sonntag, den 30. Dezember.
8,28 U. B. D. Kolga, Svoberg, nach Stockholm.
9,30 U. B. D. Bore, Beskow, nach Stockholm.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,60 α. Still.

Einfache Kleider

werden sehr billig angefertigt.
Wahlstraße 60, Hinterhaus.

Für eine leistungsfähige Eisengießerei wird für den Verkauf von Grabtrennen und Gittern ein tüchtiger

Vertreter

gesucht. Offert. unter H 5 an die Exped. dieses Blattes erbeten.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Zu verk. ein Haus mit 2 Wohnungen, großem Keller, Einfahrt und gr. Stall. Niederlage der Genossenschafts-Bäckerei.
Näheres in der Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein Haus in der Hausstraße. Preis 10500 Mk. Miethevertrag 620 Mk. Anzahlung gering. Näheres Kaufstraße 66.

Vermiethungen und Mieth-Gesuche.

Zum 1. April eine neue Wohnung zu vermieten.
Hans Beth, Fackenburg.

Logis für einen jungen Mann.
Reiferstraße 19, 1. Etage.

Freundliches, angenehmes Logis ist billig zu vermieten.
Langer Lohberg 56.

Ein Parterrezimmer mit Schlafstube mit oder ohne Möbel ist zu vermieten.
Glockengießerstraße 74.

Zum 1. April eine Wohnung zu vermieten.
Ernestinenstr. 8a.

Möblirtes Parterrezimmer, straßenwärts, zu vermieten.
Schwarzenauer Allee 46 a.

Gutes Logis. Fischergr. 16.

Ein leeres Zimmer zu Offern zu vermieten.
Reiferstraße 11 a.

Zu vermieten zum 1. April eine Wohnung mit 3 Zimmern, Küche mit Wasser und Ausguss, Keller und Stall.
Margarethenstraße 17.

Ein Laden zu miethen gesucht in der Schlumacherstraße oder deren Nähe. Offerten unter R 5 an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine kleine Wohnung vor dem Postenthor oder dessen Nähe von Leuten ohne Kinder im Preise von 120—130 Mk. Offerten unter S 33 an die Exped. d. Bl.

Vermischtes.

August Reyer
Tabak- u. Cigarren-Handlung
jezt: Engelsgrube 57.

Eine Frau sucht eine Stelle zum Reinmachen, 2 bis 3 Stunden Morgens. Näheres in der Exped. d. Bl.

Durch Rufal eine Karthe Aniebeln, per Centner 2,50 Mk. Mittelstr. 9 a, 1. Etage.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Familien-Nachrichten.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden hochgeehrt

W. Möller und Frau geb. Wulff.

Verlobte:

Louise Strohkirch
Adolf Quitzau

Lübeck, den 1. Januar 1895.

Geschäfts-Anzeigen.

Rattenlatwerge in Dos. a 50 Pf. u. 1,00 Mk.
Gifftweizen, empfiehlt
C. F. Alm, Droger,
HofstraÙe 18 u. Moisdinger Allee 6a.

Getrocknete Kinderdärme,
en gros & en detail.
Ludw. Hartwig, Obertrabe 8.

Empfehle alle Sorten
Bruchbänder und chirurg.
Gummiartikel.
H. Jacobsen, Schwartau.

Empfehle von
Neulahr 1895 an
(Schwarzbrod) 4 1/2 Pf. zu 27 Pf.
Aug. Groth, Bäckerstr., Gr. Burgstr. 42.

Bratenschmalz
pr. Pfd. 50 u. 60 Pf.
empfeht
Aug. Scheere,
HofstraÙe 27.

Ihren reinigen. 1,50,
Federn einsetzen. 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
76 GlockengieÙerstraÙe 76.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.

Zentral-Verband
deutscher Maurer
u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 2. Januar 1895
Abends 8 1/2 Uhr,
im **Berliner Hof.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
2. Berichterstattung von der letzten Kartellver-
sammlung.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Die örtliche Verwaltung.
NB. Wir machen nochmals aufmerksam, daß
mit Befehl der letzten Versammlung die in
dieser Versammlung eingetragenen Statistikbücher
nur Berücksichtigung finden können.

Versammlung
der
Bauarbeiter Lübeds
am Freitag den 4. Januar 1895,
bei F. Lecke, LeberstraÙe 3.
Tages-Ordnung:
1) Aufnahme neuer Mitglieder.
2) Wahl der Ortsverwaltung.
3) Berichterstattung vom Gewerkschaftskartell.
4) Fragekasten.
5) Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Wilhelms-Hof.
Am Neujahrstage:
Ball
Tannenbaum
Cottillon
Hierzu ladet ergebenst ein
Heinr. Brauer.

Einsegel.
Am Neujahrstage:
Gr. Tanzmusik.
Heinr. v. Hartz.

Zur neuen Lohmühle.
Am Neujahrstage:
GroÙe Tanzmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
Fran Erdmann Wwe. u. H. Janssen.

Wakenitz-BelleVue.
Tanzfränzchen.
Entrée frei.
O. Lehmann Wwe.

Künstliche Zähne
auch ohne Platte, ohne Wurzel-Ziehen,
Blondieren hohler Zähne, Zahnschmerzen
stillt sofort
H. Schreiber
Königsstr. 133, 1. Stg., Ecke Mühlentstr.
Mit ff. Lager- und Tafelbier und sonstigen
Getränken empfiehlt sich bestend die Schänkwirt-
schaft **P. Vioring, KarpenstraÙe 21.**

Die **Cigarren-Fabrik** von **F. Roh-**
wedder, SchlumacherstraÙe 37, empfiehlt
ihre Cigarren von reinen amerikanischen
Tabaken in jeder Preiskategorie.

Der
Arbeiter-Stenographen-Verein
eröffnet Mitte Januar je einen Kursus in
Stolze'scher Stenographie
für Erwachsene und Knaben.
Anmeldungen hierzu bei:
C. Willenbrock, HundestraÙe 44,
G. Hucker, PaulstraÙe 17 b,
Th. Bartels, MeierstraÙe 43,
sowie bei **Neumann, Berliner Hof.**
Empf. ff. Cigarren mit Schutzmarke.
H. Grube,
GlockengieÙerstraÙe 67 und RosenstraÙe 29.

G. Neidlinger

beehrt sich ergebenst anzuzeigen, daß die bisherigen Noten für den Ankauf der renom-
mirten, auf der Chicago Ausstellung wieder mit 54 ersten Preisen prämierten

Original Singer Nähmaschinen

herabgesetzt sind, um den Ankauf der für den Haushalt so ungemein nützlichen Näh-
maschine noch mehr zu erleichtern. Neben einer geringen Anzahlung sind Noten fest-
gesetzt von:

1 Mark wöchentlich
oder
4 Mark monatlich.

Maschinen, welche nicht für den Hausgebrauch gekauft werden, sondern aus-
schließlich dem Erwerb dienen sollen, werden gegen eine geringe Anzahlung und
Mark 1,50 wöchentliche Abzahlung auf Kaufvertrag abgegeben und gehen nach erfolgter
Zahlung in das Eigentum des Käufers über.

Auf Wunsch werden auch Nähmaschinen auf beliebige Zeit gegen eine wöchent-
liche Miethe von Mk. 1,50 verliehen, um es auch Demjenigen zu ermöglichen, der
nicht kaufen will und nur vorübergehend genügend Arbeit hat, sich eine billige Hilfs-
kraft zu verschaffen.

G. Neidlinger, Lübeck.

Heute. **Quartett-Verein „Luba.“** Heute.
Am Neujahrstage:
Grosser Ball
in der „Don-Halle“, SchmiedestraÙe Nr. 20.
Musik von der **Hansa-Capelle.**
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Der Vorstand.

Colosseum.
Heute am Silvesterabend, sowie am Neujahrstage:
Gr. Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr. Ende 4 Uhr Morgens.
W. Dassler.

Berliner Hof. Dienstag den 1. Januar:
GroÙe Tanzmusik.
Auf. 4 Uhr. **A. W. Neumann.**
Eintritt frei.

Neu-Lauerhof. Montag: **Gr. Silvester-Ball.**
Anfang 7 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Dienstag: **Gr. Tanzmusik.**
am Neujahrstage: **Gr. Tanzmusik.**
Entrée frei. Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.
Ergebenst **H. Hey.**

Central-Hallen.
Am Silvester:
Extra grosser Tanz in beiden Sälen.
Am Neujahrstage:
Grosser Tanz in beiden Sälen.
Größtes und schönstes Stabliement. Wintergarten. Parquettanzboden.
Sehenswerthe Malerei.
Ende 4 Uhr Morgens. **Johs. Dürkop.**

Hansahalle. Dienstag den 1. Januar 1895:
Grosses Tanzkränzchen.
Um 8 1/2 und 10 1/2 Uhr: **Quadrille.**

Club „Frisch-Auf“
Tannenbaumfeier
mit **Kinderbescheerung**
am Dienstag den 1. Januar
im Lokale des Herrn **Stoffers,**
Deponau 27.
Anfang 6 Uhr. Einführung gestattet.
Der Vorstand.

Gasthof
„Stadt Schleswig“
14 HundestraÙe 14.
Zum Jahreswechsel
Schwedischer Salat mit Hammer,
Schlesische Fettkrapfel,
Eisbein mit Sauerfohl.
Nur ff. Hausbier.
GroÙe Unterhaltungsmusik.
Julius Schönberg.

Waisenhof
Dienstag den 1. Januar:
Grosse Tanzmusik
wozu freundlichst einladet **A. Brey.**

Gesang-Verein
„Vorwärts“

Tannenbaumfeier
und **Ball**
am Neujahrstage
im Lokale des Herrn **Frahm**
(Concordia-Garten).
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Kinderbescheerung bis 7 Uhr.
Mitgliedsarten sind vorzuzeigen.
Das Fest-Komitee.

Tivoli.
Auf mehrseitigen Wunsch findet am
1. Januar 1895 noch
eine **groÙe**
Gala-Vorstellung
statt. Auftreten der besten Artisten des
diesjährigen Programms!
Für einzelne Bieren, welche zum
1. Januar anderweitig engagiert sind, hat
die Direction für entsprechenden Ersatz
Sorge getragen.
Also vollständig neues Programm!
4 Sistes O. Meers.
Ottron u. Gabriele.
Little Victoria.
Mr. H. Treway.
Troupe Zänfretta.
Sistes Bellisons
sowie verschiedene hervorragende Künstler!
Musik: **Stadt-Capelle.**
Elektrische Beleuchtung.
Alles Andere wie bekannt.

Stadttheater in Lübeck.
Sonntag den 12. Januar:
III. philharm. Concert.
Violine: Herr Professor **Waldemar Meyer**
aus Berlin.

Stadttheater in Lübeck.
Dienstag den 1. Januar 1895:
Nachmittags 4 Uhr
Bons gültig.
Zu ermäßigten Preisen.
Christbescheerung.
Max und Moritz.
Abends 7 Uhr:
Außer Abonnement. Opernpreise.
Erstes Gastspiel
von **Fräul. Hermine Reichenbach**
vom Sessing-Theater in Berlin.
Neuheit. Zum 1. Male: **Neuheit.**
Madame Sans-Gêne.
Lustspiel in 4 Akten von **B. Sardou.**
In Scene geföhrt von Direktor **Er d m a n n.**
Mittwoch den 2. Januar:
60. Abonnements-Vorstellung. 6. Serie: **Orange.**
(Die 59. Abonnem.-Vorst., 5. Serie: **Gelb,** findet
Freitag statt).
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Tannhäuser.

Nationaler Bergarbeiter-Kongress.

I.

Im Saale der Wirthschaft Krug in Essen traten am Mittwoch die Delegirten zum ersten nationalen Bergarbeiter-Kongress zusammen. Die bekannten westfälischen Führer aus der 1889er Streitperiode Schröder, erster Vorsitzender des Verbandes der rheinischen Berg- und Hüttenarbeiter, Bunte, Meyer sind als Delegirte erschienen, Sachsen hat u. A. den Landtagsabgeordneten Horn, Niederschlesien Leyner, Oberschlesien Kafczyk, das Ruhrrevier Steffens entsandt. Von parlamentarischen Vertretern sind ferner der Reichstagsabgeordnete Müller-Waldenburg und Legien-Hamburg erschienen, letzterer als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Mühlbacher-Essen eröffnet den Kongress und heisst die Delegirten im Namen der Essener Kameraden willkommen. Hierauf wird zur Wahl eines provisorischen Bureau's geschritten. Als erster Vorsitzender wird Horn-Zwickau, als zweiter B. Schröder-Dortmund und als Schriftführer Reichstagsabgeordneter H. Müller-Waldenburg gewählt. Ferner wird eine Kommission zur Regelung der eingelaufenen Anträge und Resolutionen gewählt.

Verbandsvorsitzender Schröder erklärt in einer längeren Ansprache: Damit eine Einigkeit in der Arbeiterbewegung erzielt würde, habe man alle christlichen Knappenvereine zu dem heutigen Kongresse eingeladen. Die Beschlüsse sollen so formulirt werden, daß dieselben der gesammten Bergarbeiterschaft zum Nutzen dienen könnten. Nur eine echte und wahre Solidarität könne dem Bergmannsstande von Nutzen sein.

Bei der Büreauwahl werden, weil für jede Sitzung ein anderer Vorsitzender den Kongress leiten soll, folgende Delegirte als Vorsitzende gewählt und zwar aus dem Ruhrrevier Schröder-Dortmund und Bauer-Weitmar, aus dem Königreiche Sachsen Horn und aus Schlesien Leyner. Zu Schriftführern werden gewählt: Müller-Weitmar, Brinken-Dampfen, J. Schwindt-Linden, Kirchner-Despel, Steffens-Wurmrevier, Henker-Plauenscher Grund, Kafczyk-Oberschlesien und Pohl-Brandenburg.

Die vorgeschlagene Tagesordnung:

1. A. Achtstündige Schicht für alle Arbeiter unter und über Tage (einschließlich der Ein- und Ausfahrt);
- b. Verbot der Frauen- und Kinderarbeit;
- c. Abschaffung der Akkordarbeit;
2. a. Einführung eines einheitlichen Berggesetzes für alle Bergreviere Deutschlands;
- b. Einheitliche Knappschaffskasse;
- c. Einheitliche Arbeitsordnung;
3. a. Unglücksverhütungen und Bewetterung in den Gruben;
- b. Inspektoren und Kontrollenre, von Arbeitern frei gewählt und vom Staate besoldet;
4. Bereinigungsfrage;
5. Anträge;

wird genehmigt.

Die oberbayerischen Kameraden senden brieflich Gruß; sie bedauern den wichtigen Kongress des Druckes der Arbeitgeber halber nicht beschicken können.

Es sind etwa 90 Delegirte anwesend.

In der Nachmittags-sitzung präsidirte Schröder-Dortmund.

Zum Punkt „Achtstündige Schicht“ referirt Meyer-Vochum, Kassirer des „Verb. d. Sch. Berg. u. H.“: Die Achtstundenfrage ist nicht neu, sie ist die Kardinalfrage, die wir zu lösen haben. Die Gruben werden immer tiefer, die Arbeit daher immer gesundheitschädlicher und gefährlicher, daher wird die Nothwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung immer gebieterischer. Die Arbeitslosigkeit wird immer größer, die achtstündige Schicht soll ihr etwas abhelfen. Aus dem ehemaligen ehrlichen Arbeiter wird schließlich durch die Arbeitslosigkeit ein Verbrecher aus Noth. Der Staat, die Gesellschaft ist bei der Arbeitszeitverkürzung sehr interessiert. Wenn bei einer Zeche von 400 Mann Belegschaft die Schicht von 9 auf 8 Stunden verkürzt wird, so finden 50 Mann mehr Beschäftigung. Eine Verminderung der Produktion ist nicht zu befürchten. Im Bonner und Hallenser Gebiete ist die Arbeitszeit noch länger als hier, ebenso in Oberschlesien. Dort konnte man im letzten Herbst nicht einmal alle Diejenigen einstellen, die vom Militär zurückkehrten. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß gesetzlich festgelegt werden; denn selbst wenn die Organisation besser wäre, könnten bei schlechten Zeiten die Unternehmer die Arbeitszeit wieder verlängern. Das haben wir nach dem 89er Streike hier im Revier erfahren. Ist die Arbeitszeit nicht zu lang, so kann der Bergmann seine Lungen, die mit schlechter Grubenluft angefüllt, im Freien erholen, er kann seiner Familie Zeit widmen. Die achtstündige Schicht ist das Erste, was wir erzingen müssen.

Was die Frauenarbeit anbelangt, so ist dieselbe in unserm Revier ja nicht brennend, wohl aber in Schlesien. Eine Statistik über die im Bergbau beschäftigten Frauen zeigt folgendes Bild: Im Oberbergamtsbezirk Bonn sind beschäftigt 514 Frauen, im Oberbergamtsbezirk Dortmund 23, Klausthal 16, Halle 538, Breslau 7557. Es zeigt sich, daß in Schlesien die Zahl der im Bergbau beschäftigten Frauen wächst. Im Anfang des Jahres 1891 waren dort 7924 beschäftigt, am Ende desselben Jahres 8858, also 934 mehr. Die Frau ist gefügiger und wird deshalb vorgezogen, ist die Frau auf der Grube beschäftigt, so ist der Mann noch abhängiger. Frauen setzt man an Stelle der wegen der Agitation für die Organisation gemäßigten Männer. Auch die Verwendung der Kinder im Bergbau wächst. Im Jahre 1890 waren 843 Kinder unter 14 Jahren im Bergbau beschäftigt, im Jahre 1884 waren es nur 690; Kinder zwischen 14 und 16 Jahren waren 1884 15,958, 1890 22,730 beschäftigt, also im letzteren Jahre 6278 mehr. Daß diese Erscheinung sehr bedenklich für uns als Arbeiter wie als Familienväter ist, das ist unzweifelhaft. Die Kinder gehören in die Schule. Auf die Beseitigung der Frauen- und Kinderarbeit hinzuwirken, ist unsere Pflicht.

Akkord-Arbeit ist Mordarbeit. Sie dient dazu, Speichellecker, Verräther unter den Arbeitern zu züchten, den Lohn zu drücken auf Grund der Leistungen dieser Parodearbeiter. Daß bei Tagelohn gefaulenzt wird, ist nicht wahr. Möge der Kongress dazu beitragen, daß wir die achtstündige Schicht erhalten, daß die Frauen- und Kinderarbeit und die Akkordarbeit abgeschafft wird.

Meinert-Gelsenkirchen verurtheilt es, daß die neue Vereinigung die Forderung der achtstündigen Schicht habe fallen lassen und die Feststellung der Arbeitszeit den Grubenbesitzern anheimgestellt habe. Des Längeren führt

Mebner aus, daß durch die Akkordarbeit viele Unglücksfälle herbeigeführt würden.

Drages-Vochum (Sachsen) ist mit den Ausführungen seiner Vorredner einverstanden. Durch eine Petition an den sächsischen Landtag hätte der Gruben- und Hüttenarbeiter-Verband erreicht, daß an Arbeitsstellen in den Gruben mit 28—30 Grad Celsius nur höchstens sechs Stunden gearbeitet würde. Würden alle Bergleute in Rheinland und Westfalen der Organisation beitreten, so würde die Frage der achtstündigen Schicht bald geregelt sein.

Henker-Plauenscher Grund klagt über die Frauenarbeit. Die gedrückten Bedinge veranlassen die Bergleute vielfach zur Nichtbeachtung der bergpolizeilichen Vorschriften, weil sie im andern Falle nicht so viele Kohlen liefern könnten. Die Unfälle hätten sich seit 1885 verdoppelt. Getrennte Bedinge wären erst recht zu verwerfen.

Kniesbürger-Vorbeck sieht nur einen Erfolg in einer starken Organisation.

Schick-Herne ist der Ansicht, daß durch Einführung der kürzeren Schicht die Arbeitslosen Beschäftigung fänden.

Reichstagsabgeordneter Legien-Niel: Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit beschäftigt nicht nur die Bergarbeiter, sondern alle Industriearbeiter. Die Maschinenarbeit ersetzt die Menschenarbeit und lange Arbeitszeit ist gesundheitschädlich, besonders im Bergbau. Von Sohle zu Sohle steigt die Temperatur, wird die Einführung frischer Luft schwieriger. Der Bergarbeiter verkürzt mit jeder Stunde Arbeit unter der Erde seine Lebensdauer. Er ist verpflichtet, die Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. In einer Broschüre „Der rheinisch-westfälische Bergbau“ polemisiert der Bergwerksdirektor Effery gegen den christlichen Gewerksverein; die Unternehmer wollen selbst die Wünsche der Arbeiter nicht hören. In dieser Broschüre behauptet der Herr, im hiesigen Revier bestzue die achtstündige Schicht. Er rechnet die Ein- und Ausfahrt nicht mit. Sollte er 8 Stunden vor Ort arbeiten, er würde laut nach Verkürzung der Arbeitszeit schreien. (Sehr richtig!) Der Herr behauptet, ein großer Theil der englischen Bergarbeiter sei gegen den Achtstundentag; das ist aber nicht ein Viertel der Gesamtheit und dieser Theil der Arbeiter hat sich die 7-stündige Arbeitszeit erkämpft. Herr Effery will weiter eine Verringerung der Produktion und Vertheuerung der Kohlen als Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung hinstellen. Das mag im Anfang nach der Verkürzung zutreffen, auf die Dauer gleicht die durch die größere Muße gesteigerte Arbeitskraft des Bergmanns den Ausfall aus. Wer dient der Gesellschaft am meisten, der Bergmann oder der Bergwerksbesitzer? Ist es richtig, daß tausende Arbeiter zu Grunde gehen zu Gunsten weniger Besitzender? Nein! (Sehr richtig!) Ohne Rücksicht auf den Schaden der Grubenbesitzer muß die Arbeitszeit mindestens auf acht Stunden verkürzt werden. Die Akkordarbeit ist im Bergbau die allergefährlichste, sie fördert die Nachlässigkeit in Bezug auf die Sicherheitsmaßregeln. Die Akkordarbeit hat das Leben hunderter Bergarbeiter auf dem Gewissen. Mit dem einfachen Beschluß ist es nun nicht gethan, wenn nicht die Massen der Arbeiter dahinterstehen. Der einzige Weg zu Erfolgen ist die Kräftigung der Organisation. Mitteln Sie die Indifferenten auf! Auf die Gesetzgebung dürfen Sie vorläufig nicht rechnen. Die Berggesetzgebung

Treu wie Gold.

Novelle von Brutus.

(6. Fortsetzung)

(Nachdruck verboten)

Brunhardt zündete eine Cigarre an, rückte seine dunkelblonde Perrücke zurecht, ergriff den mächtigen Spazierstock und trat einen Spaziergang an, wie er es seit Jahren ohne Rücksicht auf Wetter und Jahreszeit zu thun pflegte. Auf der Straße begegnete ihm die Tochter seiner Wirthin. Sie trug ein Körbchen am Arme und sah ungemein glückselig aus. Heute Abend zum ersten Male fiel dem alternden Manne die blendende Schönheit der Jungfrau auf, die unter seinen Augen aufgewachsen war. Sie war kein Kind mehr, das merkte er erst heute, sie war eine halberblühte dunkle Rose, die ihren Kelch dem Sonnenstrahl erschlossen; das Liebesglück hatte die beengende Knospenhülle gesprengt.

Ueberrascht wandte er sich um und schaute ihr nach, als sie grüßend an ihm vorbeigehuscht. Wie lange wird es noch währen, dachte er, und diese Rose ist verwelkt — der Wurm kriecht bereits am Stamm empor, um die Blüthe zu zerfressen.

Und auch an sein eigenes Leben dachte er. Es war ihm, als ob es erst gestern gewesen, daß sein Hauswirth ihm die Geburt eines Töchterchens anzeigte. Was war aus diesem Kinde geworden in den Jahren, die ihm kaum eben so viele Tage dünkten? Ja, die Zeit verfliehet und man wird alt.

3.

Am andern Morgen bat Brunhardt seinen Chef um eine außergeschäftliche Unterredung, die ihm bereitwillig gewährt wurde. In dem Privatkomptoir saßen sich die

beiden Männer gegenüber und nach einigen einleitenden Worten erzählte der Buchhalter in Kürze dasjenige, was er von seiner Wirthin erfahren hatte.

„Es ist eine durch und durch brave Familie,“ so schloß er, „und gegen das Mädchen läßt sich nichts Anderes vorbringen, als daß es sich nach junger Mädchen Art in ein Verhältniß eingelassen hat, dessen Gefahren ihm nicht zum Bewußtsein gekommen sind. Die Mutter hat mich ersucht, Ihnen von der Sache Mittheilung zu machen und wird sich Ihrem Entscheide fügen, und auch die Tochter wird die Luftschlüssel niederreißen müssen, welche sie sich gebaut hat.“

Der Kaufmann hatte den Worten seines treuen Dieners regungslos zugehört. Kein Kopfschütteln, kein Nicken, keine Miene in seinen eisernen Gesichtszügen verrieth Zustimmung oder Widerspruch.

Als Brunhardt geendet, reichte ihm sein Prinzipal die Rechte und sprach: „Ich danke Ihnen, mein lieber Herr Brunhardt, für den Dienst, welchen Sie mir durch Ihre Mittheilung erwiesen haben. Wie ich aus Ihren Schlussworten entnehme, sind sie gleichfalls der Ansicht, daß es zu einem Bruche zwischen den beiden jungen Leuten kommen muß.“

Brunhardt nickte zustimmend.

„Und je eher dieser Bruch erfolgt, desto besser ist es für beide Theile. . . Ich brauche Ihnen, Herr Brunhardt, die Gründe für meine Nichtwilligung in diese Verbindung wohl nicht mitzutheilen. Sie verstehen meinen Bedenkengang und meine Motive, die mich dabei leiten. Das Renommee unseres Hauses soll gewahrt bleiben, auch nicht ein Titelchen spöttischer Nachrede soll darauf kommen.“

Es lag eine gute Dosis Selbstbewußtsein und Stolz in diesen Worten. Aber der Sprecher hatte Berechtigung

dazu: er war berechtigt, von seinem zukünftigen Erben zu fordern, daß derselbe ein Opfer bringe, denn auch er selbst hatte einstmal seine Liebe im Interesse des Geschäfts zum Opfer gebracht. Das war nun längst vorbei, aber dennoch dachte er in dieser Stunde daran und seine Stimme klang weicher, als er fortfuhr:

„Es ist mir leid, daß ich dem armen Mädchen den Traum zerstören muß, in welchen es sich eingewiegt hat. Ist dassehl hübsch?“

„So viel ich darüber urtheilen kann, sehr hübsch.“

„Das konnte ich mir denken, denn eine Häßliche wird sich mein Sohn wohl schwerlich ausgewählt haben. Uebrigens ist es eine Wohlthat für die Kleine, daß sie hübsch ist; sie wird somit leicht für ihren Verlust einen Ersatz finden, einen Liebhaber, dessen Verhältnisse den ihren konformer sind. Sollten übrigens Abstandsgebühren oder eine anderweitige Entschädigung verlangt werden.“

„Davon kann nicht die Rede sein, Herr Kurzberger,“ erwiderte der Buchhalter abweisend. Es berührte ihn peinlich, daß sein Prinzipal die Herzenswunde des armen Mädchens mit Geld heilen zu wollen schien.

„Nun es wäre immerhin möglich. . .“

„Die Familie ist zu ehrenhaft und die Tochter selbst zu gut erzogen, um ein solches Anerbieten nicht als eine Beleidigung aufzufassen.“

Ein bitteres Gefühl wollte sich seiner bemächtigen. Nicht umsonst hatte er dreißig lange Jahre in der Familie gewohnt, nicht umsonst hatte er Klein-Dieschen oftmals auf seinen Knien geschaukelt.

„Nehmen Sie mir die Worte nicht übel,“ sagte Kurzberger, welcher die Gedanken seines Buchhalters zu errathen schien. „Sie gingen aus dem Herzen eines Kaufmanns hervor, der gegen Niemanden in der Welt unefüllte Verpflichtungen haben möchte, als Mensch und

unterlegt ja den Klassenvertretungen der Einzelstaaten, worin keine Vertreter der Arbeiter sitzen. Gutwillig giebt man ihnen nichts, Sie müssen sich Ihr Recht erkämpfen durch die Organisation! (Bravo!)

Kaszyń-Baberze: In Oberschlesien wird auf herrschaftlichen Gruben 12 Stunden gearbeitet, auf fiskalischen Gruben 11 Stunden. Es herrscht bei uns große Arbeitslosigkeit. Auf fiskalischen Gruben wurden seit 3 Jahren keine Arbeiter angenommen. Das Resultat waren 12000 Spitzbuben mehr wie in allen anderen Provinzen. Ein Arbeiter drohte, nachdem er mehreremals, selbst bei der Polizei keine Arbeit erhielt, dem Steiger, er werde ihm seine Kartoffeln stehlen, und hat die Drohung auch ausgeführt. Er erhielt 20 Mark Geldstrafe. Frauen werden bei uns viel beschäftigt. Mädchen von 14 bis 16 Jahren verdienen 50 Pfg. täglich. Die Zahl der Militärangehörigen sinkt beständig. Die Ernährung ist jämmerlich. Die Beamten mißbrauchen die Frauen; ein Mädchen erzählte mir weinend, der Steiger habe verlangt, sie solle sich vor ihm nackt ausziehen. (Wui!) Das sind menschenunwürdige Zustände. (Sehr richtig!)

Lehner-Weißstein (Niederschlesien): Vor einigen Jahren wurde in unserem Revier eine Abstimmung unter den Bergleuten bezüglich der Kürzung der Arbeitszeit veranstaltet. Leider zogen sich die Kameraden aus Furcht vor den Zechenverwaltungen zurück, das Resultat war deshalb unbefriedigend. Die Ueberarbeit blüht, der geringe Lohn zwingt die Arbeiter förmlich dazu. Gesetzliche Verkürzung der Schicht ist notwendig und dazu bedürfen wir einer starken Organisation.

Es sind folgende Anträge gestellt:

1) von Schmidt-Dahlhausen: „In Erwägung, daß alle Punkte der Tagesordnung davon abhängig, wolle der Kongreß als ersten Punkt der Tagesordnung die Nationalisierung der Bergwerke festsetzen.“

Greiff-Herne beantragt, dem Punkt „Abschaffung der Affordarbeit“ den Zusatz „und jeglicher Ueberarbeit“ hinzuzufügen.

Werdelmann und **Bringewald-Wattenscheid** beantragen: „der Kongreß möge die Festsetzung eines garantierten Minimallohnes (Lebenslohnes) fordern.“

Der erste Antrag, welcher vom Antragsteller begründet wird, findet nicht die Sympathie der Versammlung, während der zweite angenommen wird. Zu dem dritten Antrag stellt der Delegirte **Bringewald** folgende Resolution:

„In Anbetracht, daß die Bergarbeiter momentan wieder vielfach derartige niedrige Löhne haben, welche nicht hinreichen, auch nur die allernothwendigsten Bedürfnisse davon bestreiten zu können, erachtet es der Kongreß als eine dringende Nothwendigkeit, daß ein garantierter Minimallohn (Lebenslohn), welcher hinreichen, den Bergmann und seine Familie vor Noth und Entbehrung zu schützen, in allen Bergrevieren Deutschlands so bald als möglich eingeführt wird. Diese Forderung ist eine um so berechtigtere, als gerade der Bergmann es ist, welcher unter den größten Gefahren arbeitet, täglich seine Haut zum Markte tragen muß.“

Bauer-Weitmar will die Höhe des Minimallohnes in die Resolution wissen, weil sonst die Grubenverwaltungen den sogenannten Durchschnittslohn als solchen angeben würden. Ein Minimallohn von 5 Mark sei nicht zu gering. Heute verdienen die meisten Bergleute zwischen 60 und 70 Mark, wovon dann noch Abzüge für die Knappschaftskasse gemacht würde.“

Am Abend fand im Versammlungslokale ein von den Essener Gewerkschaften zur Ehre der Delegirten veranstalteter Kommerz statt.

Am Donnerstag wurden die Verhandlungen fortgesetzt.

Parteitag

der polnischen Sozialdemokraten.

Am 25. und 26. Dezember hielten die polnischen Sozialdemokraten in Breslau in der „Villa Liebig“ ihren zweiten Parteitag ab. Es waren 24 Delegirte aus Berlin, Krakau, Posen, Königsbrunn, Kreuzburg, Baberze und verschiedenen kleinen Ortschaften der Provinz Posen und Oberschlesien erschienen. Der Vorsitz vom polnischen Parteivorstande in Berlin führte den Vorsitz. Es wurde über Organisation, Agitation und die Verlegung der „Gazeta robotnicza“ verhandelt. In Betreff dieses unseres Bruderorgans wurde beschlossen, den Parteivorstand der polnischen Sozialdemokratie zu ermächtigen, zu jeder Zeit die „Gazeta robotnicza“ dahin zu verlegen, wo die größte Aussicht für weiteste Verbreitung vorhanden ist. Sie soll im Umfange erweitert und vollständig politisch gehalten werden.

Aus der Berichterstattung des Genossen **Morewski** über die Agitationshätigkeit der „Gazeta robotnicza“ ging hervor, daß man damit zufrieden sein kann. Die Zahl der Abonnenten der „Gazeta robotnicza“ ist auf 1260 zahlende gestiegen; im letzten Jahre ist auch die Agitation unter den polnischen Bergarbeitern und Landarbeitern stark bemerkbar geworden.

Arzemiński-Breslau spezialisirte die Land- und Stadttagitation, wobei er die gegen die Sozialdemokratie geplanten Gesetze besprach.

Es erfolgte sodann die Abrechnung. Die Einnahmen betragen vom 1. September 1893 bis 1. Dezember 1894 7217,96 Mark, die Ausgaben 7220,59 Mark, sonach ist ein Minus von 11,03 Mark vorhanden. Der Vorstand spricht den deutschen und ausländischen Genossen seine Anerkennung für die geleistete Hilfe aus. Die Delegirten wurden aufgemuntert, die Genossen zur größeren Opferwilligkeit zu Parteizwecken zu bewegen. Der Kassierrevisor Genosse **Wloktinski** bestätigte die Richtigkeit der Rechnungsauslegung und ersucht, dem Kassier Decharge zu erteilen. Das geschah.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Besprechung des Planes und der Mittel der Agitation für die Zukunft, werden vom Genossen **Zylinski-Hamburg** folgende Anträge eingebracht: „Auf Grund der Beschlüsse der internationalen Kongresse in Paris, Brüssel, Zürich, den 1. Mai als Arbeitstag zu feiern, solle der Parteitag der polnischen Sozialdemokraten es dem Parteivorstand zur Pflicht machen, eine der Maifeier entsprechende Broschüre herauszugeben.“ Bezüglich der Agitation beantragte **Zylinski**: In den Ostprovinzen, wo die Bevölkerung meistens eine ackerbaureisende ist, die Agitation mehr der ländlichen Bevölkerung zuzuwenden. Die Anträge wurden fast einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag: der Parteivorstand solle Ermittlungen anstellen, wie viele und wo Polen in deutschen Gegenden arbeiten, um durch Verbreitung von Zeitungen, Flugblätter, Broschüren nutzbringender wirken zu können. Ferner wurden folgende Anträge gestellt und angenommen: „In Anbetracht der geringen Fortschritte der Agitation der Bergleute Oberschlesiens sollen in allen Orten Oberschlesiens Vertrauensmänner gewählt werden, deren Namen geheim gehalten werden, sofern es die Umstände erforderlich machen, und sie in steter Verbindung mit dem Parteivorstande zu unterbleiben.“ Der Antrag der Berliner Genossen geht dahin, „einer Kommission, bestehend aus drei Personen, den Auftrag zu geben, Mittel zu sammeln, um die Landtagitation zu fördern.“ Dieser Antrag wurde als Zusatz zu dem Antrage **Zylinski's** als erledigt betrachtet. — Die Rixsdorfer Genossen verlangen, den Fachvereinen mehr Beachtung zu schenken und solche in polnischen Gegenden einzuführen. Mit der Aenderung statt: „einzuführen“

„gutzuheißen“, wurde der Antrag angenommen. Schließlich wurde noch beschlossen, daß auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie ein polnischer Genosse theilzunehmen hat, um Bericht über die polnische Bewegung zu erstatten.

Als der Delegirte für Krakau, Genosse **Dr. Zygmunt Leser**, nachdem er an der ersten Sitzung des Parteitages unbeanstandet theilgenommen hatte, am zweiten Sitzungstage, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr, sich zu dem Parteitage begeben wollte, wurde er beim Betreten des Saales durch den zur Ueberwachung der Versammlung anwesenden Polizei-Kommissarius verhaftet. Es wurde dem **Dr. Leser** das Ehrenwort abverlangt, daß er dem Parteitage fern bleiben und um 4 Uhr Nachmittags Breslau verlassen werde. Darauf wurde er auf freien Fuß gesetzt. Eine Anzahl Genossen war bei seiner Abreise auf dem Bahnhofe anwesend. **Verfuss** gab den Delegirten auf dem Parteitage Kenntniß von der Verhaftung; die Gemüther waren darüber ziemlich erregt. Angeblich hat **Leser's** Verhaftung stattgefunden, weil er sich nicht genügend legitimiren konnte. Auf dem Parteitage sprach er sachlich, verstand es aber, die anwesenden Delegirten durch seine Reden zu begeistern, so daß er großen Beifall erntete.

Aus Nah und Fern.

Ein Hund als Zeitungsbote. Köln. Ein Beispiel von ungewöhnlicher Dressur eines Hundes kann Jeder bei der Ausgabe des Tageblattes vor dessen Expedition beobachten. Um 11 Uhr kommt der Hund des Chirurgen **Jac. Reißel**, seiner Race nach ein Schäferhund, an den Schalter und sucht sich dort durch die Leute, die das Blatt abholen, zu drängen. Gelingt ihm dies, dann erhält er sein Exemplar und trägt es wohlgenuth nach Hause zu seinem Herrn. Wehe den Schulknaben, wenn sie ihm das Blatt entreißen wollen. Kommt der Hund am Schalter wegen zu großen Andrangs nicht durch, dann eilt er über den Hof in die Maschinenstube, verlangt dort Einlaß und erhält das Gewünschte.

Der konfessionelle Kriegsschauplatz auf dem Kartoffel-Acker. Eine hübsche Anzeige hat, wie der „Köln. Volks-Zeitung“ nachträglich mitgetheilt wird, am 8. Juli in Nr. 156 des „Kostocker Anzeigers“ gestanden: „Zu Afford-Arbeiten in der Ernte sowie zum Kartoffel-Ausnehmen finden von jetzt bis zum 1. Dezember sechs kräftige Leute Beschäftigung. Katholiken sind hierbei ausgeschlossen. Freie bei Karow i. M.“

Der Schauspieler Franz Ludwig, der Sohn des Berliner Hofschauspielers **Maximilian Ludwig**, ist von der Kölner Strafkammer auf Grund der Gutachten der Professoren **Wendel-Berlin** und **Pelman-Bonn** freigesprochen worden. **Franz Ludwig** hatte im vergangenen Sommer nächstlicherweise bei einem Kölner Goldwaarenhändler eingekerkert. Die That, der eine eingehende Lektüre von **Vindau's** „Der Andere“ vorangegangen war, ist, wie nach dem Sachverständigen-Gutachten und der Freisprechung anzunehmen ist, von dem jungen **Ludwig** in einem Geisteszustande begangen worden, der die strafrechtliche Verantwortlichkeit ausschließt. Weshalb verfolgt man diesen Grundsatz nicht bei denjenigen, die aus Hunger

Ein nettes Geschäft. Der erste Staatsanwalt in **Stendal** veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Es ist zur Anzeige gebracht, daß die herumziehenden Wilddorf'schen Eheleute ihre am 20. Oktober d. J. in **Lezlingen** geborene und bereits am 4. November d. J. getaufte Tochter noch an anderen Orten haben taufen lassen, um sich durch die sogenannten Pathengeschente zu bereichern. Die Herren Pfarrer, bei welchen solche Betrügereien vorgekommen sind, ersuche ich ergebenst um Anzeige zu den Akten.“ — So geht es! — Der Eine läßt seine Kinder nicht taufen und macht sich dadurch unliebsam bemerkbar. Ein Anderer läßt sie mehrmals taufen, was, wie obiges lehrt, ebenso unliebsam vermerkt wird.

Die Wunderdoktorin. Folgender origineller Vorfall wird aus **Wien** berichtet: Zu einer braven Fischhändlerin, die ihren Stand auf dem **Verchenfeldermarkt** hat, kam neulich ein junger Mann und fragte die Frau, ob sie ihm nicht ein winziges Fischlein in das Genick stecken wolle. Sie möge ob dieses Liebesdienstes nicht böse sein, denn er dürfe sie weder darum bitten, noch dafür danken, denn das Mittel wirke nur dann, wenn er mit dem Fischlein im Genick sofort zu laufen beginne. Als ihr der junge Mann noch weiter erzählte, daß er brustleidend sei, war die Fischhändlerin vollkommen überzeugt, daß es sich hier um ein Sympthiemittel handle und auch sofort bereit, das gute Werk zu thun. Der junge Mann bückte sich, und die Frau steckte ihm ein Fischlein in das Genick. „So ist's nicht gut“, sagte der Kranke, „das Fischlein g'ührt zwischen Hemd und Genick. Wenn's auch a bißl kalt is, das schad't nix.“ Mit einem Handgriff war der Platzwechsel vollzogen und jetzt begann der brustleidende Mensch zu laufen, als habe er eine Lunge von Eisen. Ueber diese Kraftäuserung wunderte sich die Frau gewaltig; was aber machte sie erst für Augen, als sie zufällig in die an ihrer blauen Schürze außen angebrachten großen Geldtaschen griff und entdeckte, daß ihr fast die ganze Tageseinnahme fehlte. Jetzt begriff sie Alles, und als sie ihre Berufsgenossinnen mit der seltsamen Wirkung dieses Sympthiemittels bekannt machte, erhielt sie von diesen zum Spott noch den Spitznamen „Wunderdoktorin“.

Water würde ich anders sprechen. . . . Wenn Sie mir nun noch einmal einen Gefallen erweisen wollen, mein lieber Herr **Brunhardt**, so möchte ich Sie bitten, Mutter und Tochter von dem Inhalte unserer Unterredung Kenntniß zu geben. . . . Noch eins. Mein Sohn soll in Ihrer Gegenwart die Erklärung abgeben, daß er jenes Verhältniß für gelöst betrachtet.“

Er zog die Klingelschnur und gab dem eintretenden Diener den Auftrag, den Sohn ins Privatkontor zu beschicken. **Brunhardt** wunderte sich im Stillen über die Siegesgewißheit des Chefs, ihm selbst schien es garnicht unmöglich, daß der Sohn, durch das rücksichtslose Eingreifen des Vaters gereizt, nun erst recht eigensinnig auf seinem Kopfe bestehen würde. Es wäre nicht das erste Mal gewesen, daß die heißblütige Jugend mit dem kühlenden Alter in Kollisionen geräth.

„Du hast meine Anwesenheit gewünscht, Vater?“ Der junge Mann, welcher elastischen Schrittes hereintrat, mochte in der Mitte der zwanziger Jahre zählen. Sein behendes, bewegliches Benehmen und sein tänzelnder Gang stachen gegen das ernste Wesen des Vaters eigenthümlich ab. Er drehte nach Stuberart sein schwarzes Schnurrbürtchen und schaute mit einem blasirten Lächeln im Zimmer umher.

„Aber, Herr **Brunhardt**, Sie schauen so bekümmert drein, als ob Sie einen Mord auf dem Gewissen hätten oder vielleicht gar noch heute Ihren Konkurs anmelden wollten. Ohne Zweifel sind Sie heute Morgen mit dem linken Fuße zuerst wach geworden. . . . aufgestanden wollte ich sagen.“

„Ich habe Dich zu mir berufen“, unterbrach der Vater das Geschwätz, „um Dir eine Frage vorzulegen und eine Erklärung zu verlangen.“

„Ich bin begierig. . .“

„Du wirst es sogleich erfahren —“ er sann einen Augenblick, als ob er eine passende Einleitung suche, dann aber ging er direkt auf sein Ziel los. „Du kennst ein Fräulein **Lieschen Krause**?“

„Allerdings. . .“

„Du wirst es begreifen, wenn Du die Gewogenheit haben wolltest, mich ausreden zu lassen. Also Du kennst diese denn. Gut! Hast Du die Absicht, die junge Dame zu heirathen?“

„Ich? Zu heirathen? . . . Aber wie kommst Du zu dieser Frage?“

„Antworte mir! Ja oder nein? Hast Du diese Absicht oder hast Du sie nicht?“

„Du würdest es ja doch niemals zugeben, Vater.“

„Ja oder nein, frage ich. Zum Henker —“ er hielt nur mühsam an sich. „Antworte mir! Willst Du das Mädchen heirathen?“

„Das ist mir niemals in den Sinn gekommen.“

„Also Du hast niemals die Absicht gehabt?“

„Niemals.“

„Als Chef der Firma **W. A. Kurzberger** und als Dein Vater ist mir dies angenehm zu hören, wenn ich auch als Mann von Ehre lieber eine andere Antwort erwünscht hätte. . . . Sie wissen jetzt also, Herr **Brunhardt**, was Fräulein **Lieschen Krause** von meinem Herrn Sohn zu erwarten hat, darnach mag sie ihr Benehmen gegen den Liebhaber einrichten. . . . Eigentlich wäre die Sache hiermit erledigt. . . . Willst Du mir nun vielleicht erklären, wie das junge Mädchen dazu kommt, eine solche Absicht, die Du selbstverständlich niemals gehegt hast, bei Dir voranzusetzen?“

(Fortsetzung folgt.)